

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:  
**Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit**

Neutrales Freies Österreich

www.nfoe.at

04-06/2025/ Nr. 93

## Wir verweigern uns dem geplanten Krieg gegen Russland

Liebe Leserin!  
Lieber Leser!

Die gegenwärtigen politischen Herrschaftsträger verfolgen eine Agenda. Dabei treffen sie im Auftrag und Interesse globalistisch im Hintergrund agierender Mächte in den Bereichen Steuer- und Abgabenbelastung, Zuwanderung, Digitalisierung, Gesundheit, Klima und jetzt auch Krieg durchgehend die falschen, gegen ihre jeweiligen Völker gerichteten Entscheidungen. Sie belügen, betrügen, schädigen uns und plündern uns aus, wo es nur geht. Verantwortungslosigkeit und Machtbesessenheit – eine gefährliche Mischung! Und das Unbegreifliche daran: Die Mehrheit der Bevölkerung wählt sie auch noch – freiwillig und ohne Zwang!

Einige Beispiele von falschen Weichenstellungen finden Sie in diesem Heft. Aus Platzgründen können wir nicht mehr bringen, doch Ihnen werden sicher aus dem reichlichen Angebot bis zum Überdruß weitere gegenwärtig sein.

Umso wichtiger ist der erwachende Widerstand aus der Bevölkerung, von dem das *Neutrale Freie Österreich* ein Teil ist.

Wir veröffentlichen deshalb nebenstehenden Ausschnitt aus dem Manifest des *Eu-*

*ropean Peace Project*, einer Aktion von europaweit vernetzten Einzelpersonen aus Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft, u. a. der bekannten deutschen Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot. Wir finden es unterstützenswert, wengleich uns der nationalstaatliche Aspekt etwas zu kurz geraten zu sein scheint. Es wurde am 9. Mai anlässlich des Endes des Zweiten Weltkriegs und des Europatags an zahlreichen öffentlichen Plätzen in allen Ländern auf dem europäischen Kontinent in allen europäischen Sprachen zeitgleich vorgetragen.

Unsere Neutralitätskonferenz am 26. April war ein großer Erfolg. Wir konnten sogar Gäste aus Deutschland begrüßen, die nun den Gedanken der Neutralität auch in die deutsche Politik einbringen wollen.

Jeder möge sich selbst überlegen, was in seinem Lebensumfeld an kleinen Akten des Widerstands gegen die „von oben“ gewünschten Verhaltensweisen möglich ist, z. B. mit Bargeld zahlen, bei Demonstrationen und Spaziergängen mitgehen, unbedarfte Zeitgenossen auf die Widersprüche

### Manifest

#### „Europäisches Friedensprojekt“

Heute, am 9. Mai 2025 – genau 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, der 60 Millionen Menschen das Leben kostete, darunter 27 Millionen Sowjetbürgern, erheben wir, die Bürgerinnen und Bürger Europas, unsere Stimmen!



Wir schämen uns für unsere Regierungen und die EU, die die Lehren des 20. Jahrhunderts nicht gelernt haben. Die EU, einst als Friedensprojekt gedacht, wurde pervertiert und hat damit den Wesenskern Europas verraten! Wir, die Bürger Europas, nehmen darum heute, am 9. Mai, unsere Gesetze und unsere Geschichte selbst in die Hand. Wir erklären die EU für gescheitert. Wir beginnen mit Bürger-Diplomatie und verweigern uns dem geplanten Krieg gegen Russland! Wir erkennen die Mitverantwortung des „Westens“, der europäischen Regierungen und der EU an diesem Konflikt an. Wir, die Bürger Europas, treten mit dem *European Peace Project* der schamlosen Heuchlerei und den Lügen entgegen, die heute – am Europatag – auf offiziellen Festakten und in öffentlichen Sendern verbreitet werden. Wir strecken den Bürgerinnen und Bürgern der Ukraine und Russlands die Hand aus. Ihr gehört zur europäischen Familie, und wir sind überzeugt, dass wir gemeinsam ein friedliches Zusammenleben auf unserem Kontinent organisieren können. Es lebe Europa, es lebe der Friede, es lebe die Freiheit.

Quelle: <https://europeanpeaceproject.eu/manifest-deutsch> (gekürzt)

des herrschenden Narrativs hinweisen oder an wohlthuenden Zusammenkünften und Gedankenaustausch mit Gleichgesinnten teilnehmen, wie wir sie auf der letzten Seite dieser Ausgabe anbieten.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Redaktionsteam

### Inhalt

- 1 Wir verweigern uns dem geplanten Krieg gegen Russland
- 2 Das gestörte Verhältnis zur Trump-USA führt die EU ins Abseits
- 3 Der Eiertanz um das österreichische Budgetloch und das EU-Defizitverfahren
- 3 Bericht über die 2. Neutralitätskonferenz
- 5 Die totale digitale Kontrolle steht uns bevor, wenn wir uns nicht wehren
- 5 Wussten Sie?
- 6 Lesens-, sehens-, hörens-wert
- 6 Lesermeinungen
- 7 Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes
- 8 Impressum

## Das gestörte Verhältnis zur Trump-USA führt die EU ins Abseits

Der Ukraine-Krieg ist nur dem äußeren Anschein nach bloß ein Krieg zwischen Russland und der Ukraine. In Wahrheit ist er ein Stellvertreter-Krieg der NATO, dominiert von den USA, gegen Russland und indirekt gegen ganz Europa, der in der Ukraine ausgetragen wird, die als Schlachtfeld und Kanonenfutter missbraucht wird. Er ist auch kein Angriffskrieg Russlands. Eine frühere, wohl unbedachte Interview-Aussage der ehem. deutschen BK MERKEL beweist das: Die westlichen Politiker wollten die beiden Minsker Abkommen (2014/15) gar nicht umsetzen, sondern der Ukraine lediglich mehr Zeit zur Aufrüstung geben. Und doch ist dieses Eingeständnis nur die halbe Wahrheit. Denn die Ukraine war bei ihrer Aufrüstung und Kriegsvorbereitung nicht auf sich allein gestellt, wie ein in dem liberal-demokratischen US-Leitmedium „New York Times“ erschienener großer Artikel von Adam Entous mit dem Titel „The Secret History of War in Ukraine“ beweist (siehe Youtube-Video von Pascal Lottaz in „Lesenswert“). Entous beschreibt nicht etwa im Stil einer Enthüllungsgeschichte, sondern als Heldenreportage **die jahrelange systematische Militarisierung und Kriegsvorbereitung der Ukraine durch Militärpersonal der USA** als Spione, Ausbilder von Elitetruppen, Logistiker, Techniker, Programmierer und Kommandeure, koordiniert von der US-Garnison Wiesbaden. Vor diesem Hintergrund ist die permanente Rede von einem „russischen Angriffskrieg“ etwas weit hergeholt. Es hat eher den Anschein, als ob Russland dem westlichen Angriff zuvorgekommen ist, bevor es zu spät war. Abgesehen davon, dass die Russische Föderation doch nicht so leicht wie gedacht zu besiegen war, schien aus westlicher Sicht dieser Krieg im Großen und Ganzen „gut zu laufen“ – bis Trump kam.

Trump ist kein Freund von Kriegen und hat das auch schon mehrfach unter Beweis gestellt. Während seiner letzten Präsidentschaft hat er keinen neuen Krieg begonnen, was in der Geschichte der USA selten ist. Schon im Wahlkampf hat er eine schnelle Beendigung des Ukraine-Krieges in Aussicht gestellt. Und was er verspricht, versucht er auch zu halten. Das hebt ihn positiv von anderen Politikern ab. Trump kommt aus der Wirtschaft und ist ein Geschäftemacher, ein „dealmaker“. Außer für kurzfristig denkende Kriegsgewinnler sind Kriege für die Wirtschaft schädlich. Im Unterschied zu anderen westlichen Politikern behandelt er Putin nicht wie

einen Ausgestoßenen von der Kaste der Unberühmbaren, sondern er redet sogar mit ihm. Offensichtlich besteht zwischen den beiden so etwas wie Sympathie oder zumindest Respekt voreinander, weil beide sich für ihr Land einsetzen. Das Ziel ist ein Friedensabkommen von dem alle drei Vertragspartner profitieren, Ukraine, Russland und die USA als Makler, auch wenn das, wie sich jetzt abzeichnet, nicht so leicht gehen wird wie sich das Trump vorstellt. Im Hintergrund gibt es nämlich einen Wettlauf um die ukrainischen und russischen Rohstoffvorkommen.

Die Europäische Union, obwohl eigentlich dafür Erstzuständige, wird in diese Verhandlungen nicht einmal einbezogen. Von ihr scheint Trump nicht viel zu halten, was nicht verwunderlich ist, denn ihre Vertreter tun alles, um diese Friedensverhandlungen zu torpedieren. Sie zeigen Trump in totaler Verkennung der realen Verhältnisse ihre überhebliche, undiplomatische Arroganz. Sie haben in ihrem Kriegskoller diese wirkliche „Zeitenwende“ nicht mitbekommen. Bis sie direkt damit konfrontiert wurden.

Das war auf der Münchner Sicherheitskonferenz Mitte Februar, als der US-Vizepräsident Vance nicht vom Ukraine-Krieg sprach, wie von den Teilnehmern erwartet, sondern – im Ton zwar freundlich, inhaltlich jedoch desaströs für die EU-Eliten, denen er, vor allem im Zusammenhang mit Migration und der Haltung, nicht mit der AfD sprechen zu wollen, nichts weniger vorwarf, als dass sie die Demokratie gefährden, weil sie gegen die eigene Bevölkerung und deren Interessen und Wohlergehen regieren: *Was keine Demokratie, weder die amerikanische, noch die deutsche oder europäische, überleben wird, ist, Millionen von Wählern zu sagen, dass ihre Gedanken und Sorgen, ihre Hoffnungen, ihre Bitten um Hilfe ungültig oder es nicht wert sind, überhaupt in Betracht gezogen zu werden.*

Und dann kam noch Ende Februar der – mehr oder weniger – Rauswurf Selenskyjs in Washington. Der amerikanische Präsident warf ihm vor, zu fordernd aufzutreten, für den Tod so vieler Menschen verantwortlich zu sein und einen Dritten Weltkrieg zu provozieren.

Was ist nun die Reaktion der politisch Verantwortlichen in der EU? Haben sie jetzt endlich die Botschaft verstanden? Sind sie bereit umzudenken? Aber nein! Offenbar hat ihnen der abrupte Paradigmenwechsel in den Vereinigten Staaten, denen sie bisher in Erwartung globalistisch-libera-

listischer, dekadenter Vorgaben hündisch ergeben waren, den Orientierungs- und Realitätssinn geraubt, denn sie sind in ihrer eingebildeten Angststarre nur noch imstande, auf ideologisch vorgegebenem Weg weiterzumachen.

Schon tags darauf wurde Selenskyj mit offenen Armen auf dem EU-Ukraine-Gipfel in London empfangen, quasi als Gegenmodell zu Washington. Man sprach von einer „Koalition der Willigen“ unter Einschluss von Norwegen, Australien und Kanada, **die den Krieg gegen die Atom-macht Russland ohne USA weiterführen soll, den sie schon mit den USA nicht gewonnen hat.**



Begründet wird dieser Amoklauf mit der unbewiesenen, aber immer wieder vorgebrachten Behauptung, wenn man jetzt „Putin“ nicht in die Schranken weise, dann würde er auch das Baltikum angreifen und in zwei oder drei Jahren Europa. Wo aber sind die Belege für eine so folgenschwere Behauptung? Regierungsbeschlüsse der Russischen Föderation oder vertrauenswürdige Geheimdienstinformationen? Wir haben noch nie etwas davon gehört. Und was sollte dieses flächenmäßig größte Land der Erde mit noch mehr Land? Will es die Schulden der überschuldeten westlichen Länder übernehmen?

Schon 2024 hatte die EU eine gewaltige Steigerung ihres Rüstungsprogramms und die Umstellung auf Kriegswirtschaft, auch unter Hintanstellung der Lebensmittelproduktion, beschlossen, nun trat sie auch noch eine Schuldenorgie „für die Sicherheit in Europa“ los, gemeint ist natürlich hauptsächlich zur Finanzierung des Krieges gegen Russland. Rund 800 Mrd. Euro sollen von den Mitgliedsländern, darunter auch vom neutralen Österreich, dafür bereitgestellt werden, ohne dass ihnen deswegen ein Defizitverfahren droht. Der designierte deutsche BK Merz ist gleich frisch vorangegangen und hat unmittelbar nach den Bundestagswahlen ein außerbudgetäres „Sondervermögen“ – in Wahrheit eine Aufnahme von Sonder-

(Fortsetzung auf Seite 3)

schulden für den Krieg u. a. in ähnlicher Größenordnung beschlossen, sogar noch mit dem alten Bundestag, denn sonst wäre die Zwei-Drittel-Zustimmung für eine dafür notwendige Verfassungsänderung (Preisgabe der „Schuldenbremse“) nicht möglich gewesen. Das wird die Prokopfverschuldung jedes deutschen Bürgers vom Säugling bis zum Greis von derzeit ca.

30 000 um rund ein Drittel auf 40 000 Euro und die Staatsverschuldung auf ca. 85 % des BIP erhöhen. Bisher galt die Bundesrepublik als wirtschaftlicher Stabilitätsgarant in der EU. Das wird sich jetzt ändern – was für die EU insgesamt und den Euro nichts Gutes bedeutet.

**Das ist der Wertewesten:** Zuschauen beim Völkermord (Gazastreifen), packeln mit Terroristen (Syrien), Millionen Menschen durch Sanktionen in den Hunger treiben (etwa in Venezuela) und hysterisch einen Krieg herbeireden. Wer san da die Verbrecher?“

(aus: „Sprüche vom lieben Augustin“,  
Die ganze Woche, 11/2025 )

## Der Eiertanz um das österreichische Budgetloch und das EU-Defizitverfahren

Das ist wirklich ein Krimi, den uns die ehemalige schwarz-grüne Regierung beschert hat! Vor den Wahlen wurde den Österreichern erzählt, dass die Budgetsituation kein ernst zu nehmendes Problem darstelle. Wie es wirklich um die Staatsverschuldung stand, erfuhr man nicht. Das kann – nur – zwei Gründe haben: Entweder die Regierung wusste es nicht, dann war sie unfähig, oder – was wahrscheinlicher ist – sie wusste es und hat es mit Absicht und aus Taktik, um ihre Wiederwahl nicht zu gefährden, verschwiegen. Dann hat sie den Wählern ins Gesicht gelogen, denn man kann auch lügen durch Verschweigen relevanter Tatsachen. Damit war sie moralisch für dieses Amt nicht geeignet. Die EU-Kommission hat der alten Bundesregierung beim Lügen auch noch geholfen. Als sie im Sommer 2024, also noch vor der Wahl, gegen sieben EU-Mitgliedsstaaten ein Strafverfahren wegen zu hoher Neuverschuldung einleitete, war von Österreich noch keine Rede.

Nach der Wahl war dann alles ganz anders. Da klaffte „plötzlich“ ein riesiges Budgetloch von 22,5 Mrd. Euro und die österreichische Wirtschaftskrise mit zahlreichen Unternehmenspleiten wurde ein Thema. Es wurde bekannt, dass die österreichische Staatsverschuldung zum Jahresende 394,1 Mrd. Euro betrug, relativ

zum BIP 81,8 %, also weit über der 60 % -Grenze nach den Maastricht-Kriterien, und die Neuverschuldung 4,7 %, ebenfalls deutlich über die erlaubten 3 %. Jeder Einwohner ist dadurch mit ca. 43 000 Euro verschuldet. Damit kann sich Österreich einem EU-Defizitverfahren nicht mehr entziehen. Und das zur selben Zeit, da die Mitgliedsstaaten von der EU zum Schuldenmachen für den Ukraine-Krieg regelrecht animiert werden und ihnen sogar dafür die Befreiung bei einem Defizitverfahren in Aussicht gestellt bekommen. **Bei den Großen scheint man nicht so genau zu sein, bei den Kleinen umso mehr.**

Ein Defizitverfahren soll unter Führung und Kontrolle der EU-Kommission dazu beitragen, die Verschuldung von Mitgliedern in einem Zeitraum von vier Jahren abzubauen, der bei entsprechenden Reform- und Investitionsvorhaben auf bis zu sieben Jahre verlängert werden kann. In dieser Zeit steht der „Defizitsünder“ praktisch unter Kuratel der EU. Das ist wie eine Entmündigung im persönlichen Bereich. Er muss für jede größere wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidung in Brüssel um Erlaubnis bitten, ist an Vorschriften und „Schuldenabbaupfade“ gebunden und kann nicht mehr frei entscheiden – eine totale Entmachtung in wirtschafts- und

finanzpolitischer Hinsicht. Und wer weiß, ob man aus einer solchen Bevormundung überhaupt wieder heraus kommt. Bei Nichteinhaltung der Vorgaben können Geldstrafen in Milliardenhöhe – man merke: für ein ohnehin schon finanziell angeknackstes Land – fällig werden.

Um dieses ganze drohende Ungemach zu verhindern, ging man bei den Regierungsverhandlungen mit Kickl noch von einem Einsparungsbedarf für heuer von sechs Mrd. aus, wofür man Brüssel im Detail Lösungsvorschläge unterbreiten wollte. Der neue Finanzminister hat aber dann festgestellt, dass es nicht sechs sondern zwölf Mrd. sind, also das Doppelte. BP Van der Bellen hat bereits kundgetan, das all dies für ihn kein allzu großes Problem darstelle.

Die für dieses Desaster Hauptverantwortlichen fallen weich: Der ehemalige ÖVP-Finanzminister Magnus Brunner wurde als EU-Kommissar für Inneres und Migration nach Brüssel empfohlen. Sein ebenfalls wenig erfolgreicher Kollege, Ex-Wirtschaftsminister Martin Kocher wird im September Chef der Österreichischen Nationalbank und Ex-Bundeskanzler Karl Nehammer bekommt für seine Leistungen einen Topposten bei der Europäischen Investitionsbank (EIB).

Quellen: [www.statistik.at](http://www.statistik.at); [wikipedia.org](http://wikipedia.org)

## Bericht über die Zweite Neutralitätskonferenz

60 Gäste verfolgten in einem bis zum letzten Platz ausgebuchten Saal am 26.4.2025 von 10 bis 15 Uhr im Hotel „Accor Mercure“ in Salzburg die Zweite Neutralitätskonferenz. Die Veranstaltung wurde vom *Bündnis Neutrales Freies Österreich NFÖ* durchgeführt und von vielen Gruppierungen freundlicherweise mitbeworben. Acht Referenten waren anwesend oder wurden online mit Zoom zugeschaltet. Ein weiterer Vortrag wurde in Abwesenheit des Verfassers verlesen.

Prof. Dr. Pascal **Lottaz** führte die bereits seit 2400 Jahren dauernde wechselhafte Geschichte der Neutralität aus. In vielen internationalen Konflikten bleiben

die meisten Staaten der Welt neutral und nehmen für keine Partei Stellung, wie im Krieg zwischen Armenien und Aserbeidschan. Neutrale Staaten wie der Vatikan oder Costa Rica verfügen über keine Armee oder sie haben eine wie Österreich, die Schweiz oder Irland, um sich selbst zu verteidigen. Das deeskalierende Konzept der Neutralität bedroht niemanden und gewinnt gerade heute aufgrund der Multipolarität an Bedeutung: Immer mehr Staaten suchen einen für sie passenden neutralen Status außerhalb der bestehenden Machtblöcke, wie Indonesien und Malaysia. Gerade heute darf Österreich seine Neutralität nicht aufgeben!

Univ.-Prof. Dr. Michael **Geistlinger** konnte leider nicht teilnehmen. Sein Beitrag enthielt folgende Gedanken: Österreichs Neutralität war das erste Opfer der Expansionsgelüste von Deutschland, EU und NATO. Im Jahr 1994 implementierten Bundeskanzler Vranitzky, Vizekanzler Busek und Außenminister Mock die Vorgaben der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und ordneten wider besseres Wissen Österreichs dauernde Neutralität der EU-Mitgliedschaft unter. Österreichische Verfassungs-, Europa- und Völkerrechtler begannen sich zu verrenken, um eine Vereinbarkeit der Neutralität mit europäischer Solidarität her zu reden. Beide

(Fortsetzung auf Seite 4)

sind miteinander nicht vereinbar. Die Neutralität ist universelles Völkerrecht und vorrangig. Die EU-Verträge sind nachrangig.

Die Worte von Alt-Botschafterin Dr. Gabriele **Matzner** gingen der Frage nach, was Neutralität „aus freien Stücken“ bedeutet: Sowohl die Bevölkerung als auch die Besatzungsmächte haben 1955 die bereits viel früher immer wieder ins Spiel gebrachte Idee der Neutralität umgesetzt. Neutralität bedeutet, „Krieg ohne uns“. Es ist wichtig, mit allen Staaten zu sprechen, insbesondere mit den Nachbarn, damit es nicht zu einem Krieg kommen kann. In ihrer aktiven Zeit als Botschafterin in der Sowjetunion erzielte sie für Österreich mit der „Stillen Diplomatie“ große Erfolge. Ein respektvoller Umgang beider Seiten in den Verhandlungen wurde gelebt. In den Medien wurde die andere Seite nicht verunglimpft und dem guten Gesprächsklima wurde Sorge getragen.

Univ.-Prof. Dr. Erwin **Bader** ist ein Zeitzeuge des zweiten Weltkrieges. Er geht vom Frieden aus und fragt sich, warum es Krieg gibt. Viele Philosophen wie Heraklit, Ovid, Augustinus und Kant suchten nach Antworten. Die Neutralität ist ein Friedensinstrument und hat gemäß Karl Jaspers den Sinn, dass die Menschen auf diesem neutralen Boden zusammenkommen, während sie gegeneinander Krieg führen. Damit wird ihnen die Chance gegeben, dass sie sich wieder verständigen können. Die Neutralität lebt vom Vertrauen, also von der Glaubwürdigkeit der Neutralität. Das ist unser Problem heute, da an unsere Neutralität nicht mehr geglaubt wird. So hat Russland gesagt, Österreich sei nicht mehr neutral.

*Wir müssen lernen,  
entweder als Brüder miteinander  
zu leben oder als  
Narren unterzugehen.*

Martin Luther King  
1929 - 1969

Was ein neutraler Staat alles bewirken kann, wurde von Prof. Dr. Peter **Bachmaier** am Beispiel von Weißrussland (Belarus) erläutert. Österreich war in einer Zeit, als die Neutralität noch gelebt wurde, nämlich bis zum Beitritt zur EG 1995, ein wichtiges Land in der Welt. Nach dem Beitritt hat Österreich sukzessiv seine neutrale Rolle eingestellt, was am Beispiel von Weißrussland gezeigt worden ist. Am 11. und 12. Nov. 2019 wurde der Präsident A. Lukaschenko nach Österreich eingeladen, der darauf hinwies, dass Österreich der

wichtigste und zuverlässigste Partner im gemeinsamen Europa bildete. Österreich war der größte Investor in Belarus. Schon wenige Monate später wurde eine neue Linie eingeschlagen und Österreich hat eine Oppositionspolitikerin eingeladen. Die Investitionen wurden eingestellt.

Der Schweizer Historiker Dr. René **Roca** verweist auf die Wichtigkeit des Titels der Veranstaltung „Der Beitrag der Neutralität zum Frieden“: Wenn alle Länder immerwährend bewaffnet neutral wären, dann wäre der Krieg überflüssig. Die Neutralität ist eine wichtige Grundlage für Frieden und Freiheit. Leider begann in den 90er und in den Nuller-Jahren eine Erosion der



2. Neutralitätskonferenz in Salzburg – Teilnehmer/Referenten am Podium (v.l.): P.Menghin, T.Henökl, R.Pomaroli, E.Bader, S.Stuckenberg, G.Matzner, D.Jenny, Diskussionsteilnehmer, P.Bachmaier, G.Grüner, G.Greindl, N.Steiner

Neutralität auch in der Schweiz. So trug die Schweiz als Nicht-UNO-Mitglied die UNO-Sanktionen gegen den Irak mit deren verheerenden Folgen mit. Mit Hilfe einer Initiative wird versucht, die Neutralität klarer in der Verfassung zu verankern und zu einer aktiven Friedenspolitik zurückzufinden, was die Arbeit des Roten Kreuzes stärken würde. Die Schweizer Bürger werden darüber abstimmen.

„Brüssel arbeitet gegen die Interessen der Völker Europas“ sagt der nächste Referent, Prof. Dr. A. Thomas **Henökl**. Die EU steckt in einer verheerenden Kriegshysterie fest. Von den 27 EU-Mitgliedstaaten sind 25 NATO-Mitglieder. Sie ist unter Frau von der Leyen zu einer bedrohlichen Autokratie und einem Weltkriegs-Fan-Club verkommen und federführend am grausamen Gemetzel in der Ukraine mitschuldig. Deshalb ist die Neutralität Österreichs wichtiger als man es den Österreichern glauben machen will. Sie gebietet, dass sich Österreich aus der katastrophalen EU-Ukrainepolitik heraushält. Wir sollten uns auch nicht an Handelskriege beteiligen. Wie der Name schon sagt, ist auch der Handelskrieg ein Krieg.

General i.R. DI Mag. Günter **Greindl** analysierte das Regierungsprogramm. Darin bekennt sich die Regierung überschwäng-

lich zur Neutralität. Es erinnert aber beim genauen Hinsehen an den Umbau eines denkmalgeschützten Hauses. Es wird eine Fassade erhalten und dahinter wird, von der Bevölkerung unbemerkt, ein Umbau vorgenommen. So ist die Außenministerin der Ansicht, dass die Neutralität keinen sicherheitspolitischen Nutzen hätte und die NATO uns sehr wohl schützen könne. Somit müsse Österreich der NATO beitreten. Das Regierungsprogramm offenbart die Widersprüche zwischen dem klaren Bekenntnis zur Neutralität und dem tatsächlichen Handeln. Besser wäre es, wenn Österreich mit Mut und diplomatischem Geschick seinen Beitrag zum Frieden in der Welt leisten würde.

Prof. Dipl.-Ing. Dr. Heinrich **Wohlmeyer**, wies darauf hin, dass wir heute in einer Situation leben, in der die Väter unseres Staatsvertrages auch gelebt haben. Damals hat man gesagt, mit den Russen verhandeln und sich neutral erklären, sei ein Verrat an der Freiheit. Heute sagt der polnische Außenminister, dass Russland die westliche Zivilisation als Feind sehe und Europa für Frieden stehe. In beiden Fällen wurde ein Feindbild aufgebaut, gegen das man zu Feld ziehen müsse. Inmitten des kalten Krieges war der Westen geschlossen gegen das Verhandeln mit den Russen. Julius Raab hat in Paris, London und Washington um die Zustimmung zu einem Staatsvertrag geworben und hatte Erfolg. Wir müssen nun ebenfalls auf die Russen zugehen, statt sie zu verteufeln.

In einer konzentrierten Stimmung nahmen die Anwesenden die einzelnen Beiträge interessiert zur Kenntnis und brachten sich in den Diskussionen am Vor- und Nachmittag konstruktiv ein. Sie bedankten sich mit einem langen Schlussapplaus bei den Referenten und den Veranstaltern.

*Die Video-Beiträge werden in nächster Zeit auf [noe.at](http://noe.at) aufgeschaltet. Anschließend werden sie auch in schriftlicher Form veröffentlicht, Einzelheiten folgen in der nächsten Ausgabe dieser Zeitung.*

## Die totale digitale Kontrolle steht uns bevor, wenn wir uns nicht wehren

Auf Betreiben der EU geht es jetzt mit der Digitalisierung unserer gesamten Lebenswirklichkeit Schlag auf Schlag. Ab Herbst soll der digitale Euro (CBDC) eingeführt werden und ab Ende des kommenden Jahres muss von sämtlichen Behörden und Institutionen der EU-Staaten der digitale Identitätsnachweis, in Österreich „ID Austria“ genannt, akzeptiert werden. Die Freiwilligkeit wird betont, die Vorteile werden groß herausgestrichen, die Nachteile und Gefahren verschwiegen oder kleingeredet.

Mit dem digitalen Euro lassen sich leicht einige Horrorszenerarien konstruieren, wie sie mit dem Sozialkreditsystem in China bereits Wirklichkeit sind. Wäre der digitale Euro zur Covid-Zeit bereits eingeführt gewesen, liegt die Vermutung nahe, dass die Impfweigerer mit einem Klick vom Zugang zu ihrem Konto abgeschnitten oder zumindest fühlbar eingeschränkt worden wären.

Die ID Austria ist wesentlich mehr als eine Weiterentwicklung der Handysignatur. Sie ist ein digitaler Ausweis, der in Zukunft alle anderen Ausweise, außer den Pass, erset-

zen soll. D. h. alle möglichen Daten, sowohl persönliche wie auch berufliche, Zeugnisse, Führerschein, Meldezettel, Steuererklärungen, ELGA-Gesundheitsdaten(!), Sozialversicherung, Bankkonten u. dgl. werden darin vereint. Alle darauf bezogenen Aktivitäten können dann mit dieser ID online erledigt werden. Zur erstmaligen Anmeldung braucht man ein Handy mit Gesichtserkennung oder Fingerabdruckidentifizierung. Das erhöhte Potenzial des Missbrauchs, des Datendiebstahls, nachträglicher Änderungen, von Anwendungsfehlern und der Totalüberwachung, vor allem in Zeiten politischer Krisen, liegt auf der Hand.

Auch mit der angeblichen Freiwilligkeit hat es so seine Tücken. **Im neuen deutschen Koalitionsvertrag gibt es bereits die Forderung nach „digital only“ in der Verwaltung.** Datenschutzorganisationen haben zwar erreicht, dass der Zugang zu öffentlichen und privaten Dienstleistungen nicht eingeschränkt und niemand benachteiligt werden darf. Wenn aber, wie es bereits geschieht, einige staatsna-

he Einrichtungen wie die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK), Unternehmensserviceportal (USP), Sozialversicherungen, Agrar Markt Austria (AMA), Bezirksbauernkammern und Bildungsdirektionen Druck in Richtung digitaler Abwicklung ausüben, dann wird es möglicherweise für den Betroffenen schwierig, nervenaufreibend, existenzgefährdend und im Fall von Gerichtsverfahren auch teuer, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Das schwerwiegendste Motiv, dieser Entwicklung Widerstand entgegenzusetzen, ist jedoch, dass nicht der österreichische Staat diese Datensammlung durchführt, sondern dass er damit wahrscheinlich einen US-amerikanischen Digitalkonzern, z. B. Microsoft, beauftragen wird (oder bereits hat). Dieser ist dann im Besitz sämtlicher sensibler Daten österreichischer Bürger, Behörden und Unternehmen. Ob sich die Verantwortlichen in Österreich und in der EU sich dieses Risikos bewusst sind?

*Quellen: epicenter.works; researchinstitute.at; Die Krähe, März 2025*

## Wussten Sie ...?

### EU verweigert Auskunft über Milliarden-Förderungen an NGOs

Der vor kurzem erschienene Sonderbericht des EU-Rechnungshofs zur Finanzierung von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) hat gravierende Missstände aufgedeckt. Es ging dabei um die Vergabe von 7,4 Mrd. Euro an Förderungen in den Jahren 2021 bis 2023 ohne präzise Kontrolle der Empfänger und ausreichende Rechnungslegung. Von den Bürgern und Unternehmen verlangt die EU-Kommission volle Transparenz und Datenübermittlung, bei sich selbst scheint sie es nicht so genau zu nehmen. Ein EU-Parlamentarier meinte dazu: *Man kann nicht Milliardenbeträge ausschütten, ohne zu wissen, wer die eigentlichen Nutznießer sind und was mit diesen Mitteln wirklich passiert.*

Es gibt nicht einmal eine Übereinkunft darüber, was überhaupt eine gemeinnützige NGO ist. Der Hausverstand sagt, dass halbstaatliche oder Organisationen mit kommerziellen Interessen nicht darunter zu verstehen sind. Das gilt jedoch nicht für die EU. Der Großteil der Gelder geht nur an wenige NGOs. Es besteht

auch der Verdacht auf Interessenskonflikte und Filz. So wurde ein „European Movement International“ mit 15 Mill. Euro unterstützt, dessen Vorsitzender der EU-Abgeordnete und ehem. belgische Ministerpräsident Guy Verhofstadt ist.

Die EU-Parlamentsfraktion „Patrioten für Europa“ wandte sich deshalb mit einem Fragenkatalog an die Kommission. Sie forderte genaue Auskunft über die Verwendung der Fördergelder. Doch die Beantwortung der Fragen wurde abgelehnt. Nun wollen die „Patrioten für Europa“ es ein zweites Mal versuchen. Sollten die Daten abermals

nicht freigegeben werden, wollen sie die Angelegenheit vor Gericht bringen. Möglicherweise droht Ursula von der Leyen ein zweiter Pfizer-Skandal.

*Quellen: extra24.at; medforth.org*



*Ein Kind im Gazastreifen hat eine Lücke gefunden. Es bettelt verzweifelt um eine Essensration.*

800.000 Bewohner des Gazastreifens sind von Netanjahus „Hungerwaffe“ akut bedroht, sagt das UN-Flüchtlingshilfswerk. Es scheint, die israelische Regierung kennt bei der Verfolgung ihrer Kriegsziele keine Grenzen und völkerrechtlich begründeten humanitären Verpflichtungen.

*Quelle: apa.at/news/israel-verabschiedet-plan-zur-eroberung-des-gazastreifens - Bild: aljazeera.com - screenshot*

## Schweizer Steuerquote nicht einmal halb so hoch wie die österreichische

Österreich weist im jährlich erhobenen Vergleich der 38 OECD-Länder bei der Steuer- und Abgabenquote bei Arbeitnehmern, errechnet aus der Differenz zwischen den Arbeitskosten des Arbeitgebers und dem Nettoverdienst des Arbeitnehmers, erneut auch für 2024 den fünfthöchsten Wert auf. Sie liegt für einen durchschnittlichen unverheirateten Arbeitnehmer bei 47 %. Bei Allein- und Doppelverdienerpaaren waren die Quote und auch der Rang etwas niedriger. Es ist damit zu rechnen, dass in der kommenden Legislaturperiode aufgrund der Einsparungen und Steuererhöhungen, die wegen der katastrophalen Budgetsituation und dem EU-Defizitverfahren zu erwarten sind, diese Zahlen sich für den Steuerzahler noch weiter verschlechtern werden.

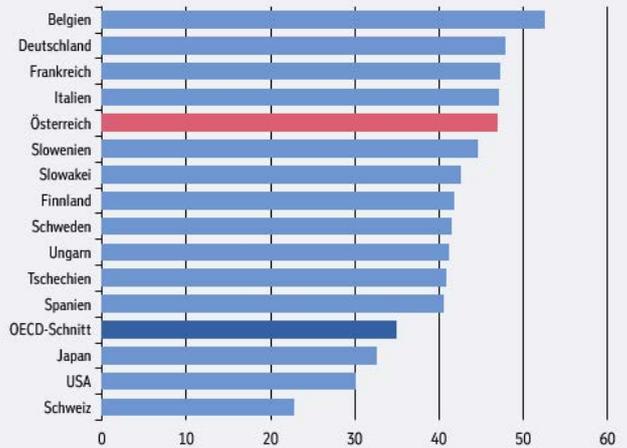
Im Gegensatz zu Österreich hat die Schweiz die fünftniedrigste Steuer- und Abgabenquote im Durchschnitt aller

OECD-Länder. Sie ist mit 22,9 % nicht einmal halb so hoch wie die österreichische. Auch die Inflation in der Schweiz ist im April auf null Prozent zurückgegangen, während sie in Österreich bei 3,1 % verharrt. Die Verbraucherpreise blieben also im Jahresvergleich unverändert, wie das Schweizer Bundesamt für Statistik (BFS) mitteilte. Im September 2024 ging die Teuerungsrate bereits auf unter ein Prozent zurück. Der Grund für den Rückgang lag vor allem am Ölpreis und am starken Schweizer Franken. Auch in der Schweiz waren infolge der Energiekrise die

Preise spürbar gestiegen. Die Inflation fiel jedoch deutlich schwächer aus als in der Eurozone. *Quelle: diepresse.com*

### Steuern und Abgaben auf Arbeit

alleinstehender Durchschnittsverdiener 2024, in Prozent der gesamten Lohnkosten, Auswahl



Quellen: OECD; orf.at

## Lesenswert – sehenswert – hörensenswert!

- **Wir sollten auch im Gegner den Menschen sehen.** Würden Politiker und Medienverantwortliche diese Regel beherzigen, dann könnten Konflikte nicht so leicht entstehen, andererseits auch leichter beendet werden. Ein Gespräch mit dem IKRK-Generaldirektor Pierre Krähenbühl. [www.srf.ch](http://www.srf.ch)
- **Die gefährliche Rolle der Neos.** Daniel Jenny erklärt den Wert der Neutralität in einem Interview mit dem Privatsender RTV. Video (Dauer: 41:05). NFÖ-Obmann Jenny spart auch nicht mit seiner Kritik an der Bundesregierung, speziell der Außenministerin, die unverhohlen gegen Österreichs Neutralität – und damit gegen den Frieden – arbeitet. [www.youtube.com](http://www.youtube.com)
- **Das Kreuz mit der Freiheit.** Angela Merkel empfiehlt sich in ihrer Autobiografie als Vorkämpferin der Freiheit. Doch wie halten es unsere Systemeliten mit der Freiheit wirklich? Ein Gastbeitrag von Frank Steinkron. [philosophia-perennis.com](http://philosophia-perennis.com)
- **Aktuelle deutsche Außenpolitik.** In diesem Artikel durchleuchtet Petra Erler das fatale Versagen deutscher Außenpolitik. Das im Grundgesetz verankerte Friedensgebot wurde von einem Freund-Feind-Denken abgelöst. Deutschland hat dadurch in den Augen vieler Staaten und Völker sowohl seine Glaubwürdigkeit eingebüßt, als auch lang gewachsenes Vertrauen in seine Friedenspolitik verloren. [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch)
- **New York Times: USA trifft alle Entscheidungen in der Ukraine!** Video von Pascal Lottaz (Dauer: 32:52). [www.youtube.com](http://www.youtube.com)

## Lesermeinungen - Stimmen aus dem Volk

### Sparen bei Pensionisten

Ich würde es begrüßen, wenn Sky Shield, welcher Milliarden Euro kostet, storniert werden und nicht bei den Renten eingespart würde! Darüber hinaus sollte für arbeitende Pensionisten die Lohnsteuer gestrichen werden, dann würden etliche Pensionisten mehr weiterarbeiten.

*Helmut Schramm, Gumpoldskirchen*

### Entdollarisierung

Meine größte Befürchtung ist, dass sich durch die Entdollarisierung die USA veranlasst sehen, einen dritten Weltkrieg anzuzetteln, weil dadurch klar wird, dass die USA nichts weiter sind als eines der höchstverschuldeten Länder der Welt, der USD somit keinesfalls die „Weltreserve-

währung“ ist, für die er sich ausgibt, der Kaiser also nackt ist. Insofern muss man Trump die Daumen halten, dass ihm der Reset auf friedlichem Weg gelingt – trotz einer kläffenden größtenwahnsinnigen Brüsseler Mafia.

*Leserbriefschreiber der Red. bekannt*

### Neutralität

Geschichtlich betrachtet ist die Neutralität Österreichs eine Errungenschaft der neueren Zeit. Sie hat sich seit 1955 bewährt. Seither bedrohte sie niemanden, läuft aber Gefahr, durch die aktuellen politischen Umstände bedroht zu werden. Wie viele Bürger bin ich besorgt, ob die gewählten Volksvertreter wirklich gewissenhaft für ihr Volk eintreten und das Gemeinwohl

berücksichtigen wollen. Man darf nicht Bündnisse eingehen, die die Souveränität des Landes einengen (NATO).

Wird die Kriegswirtschaft gefördert, profitieren vor allem deren Investoren. Was leidet sind die Bereiche Gesundheit, Bildung, öffentlicher Verkehr, Altersversorgung u.v.m. Für das friedliche Zusammenleben der Völker in der Zukunft ist die immerwährende Neutralität ein nachhaltiger Fortschritt.

*Claudia Jenny, Hard*

### Verhalten der österreichischen Regierung skandalös

Generell finde ich das Verhalten der österreichischen Regierung, sowohl von der alten Regierung, wie auch von der neuen skandalös und dumm! Man kennt ja das

*(Fortsetzung auf Seite 7)*

Verhalten der österreichischen Politiker im Ausland, welches auf mich stets anbeidernd und schleimerisch wirkt, meist in verschwenderischem Umgang mit Steuergeldern endet. Man hätte im Ukraine-Konflikt als „aufgelegten Elfmeter“ mit der Neutralität punkten können. Stattdessen fördern wir einen Krieg, von dem man uns nicht einmal die Wahrheit sagt. Dass hier ein Stellvertreter-Krieg geführt wird, ist nicht nur offensichtlich, sondern dass man es zulässt, dass hier Abertausende Menschen sterben müssen, nur um die Gier einiger Weniger zu befriedigen. Wenn man

auf der Karte die US-Stützpunkte sieht, ist ja ziemlich offensichtlich was passiert. Die älteren Bürger, welche sich noch an die Kuba-Krise erinnern, wissen wie die Amerikaner im umgekehrten Fall reagiert haben. Nur fürchte ich, dass der Zug bereits abgefahren ist. Die Kriegswütigkeit bestimmter Europäer macht mir Angst! Die Deutschen sind außer Rand und Band und unsere Außenministerin stimmt in diesen Abgesang mit ein. Gegen die Dame sollte man eine Verfassungsklage anstrengen! Oder sie zumindest in die Wüste jagen. Leider zeigt die Wiener Wahl wieder ein-

mal, wie es in den Köpfen der Österreicher aussieht. Es muss wirklich weh tun, bevor ein Umdenken stattfindet! Es ist inzwischen keiner mehr, der den Karren aus dem Dreck ziehen kann. Ich glaube schon, dass wir eine Verfassungsänderung dringend brauchen (die kann allerdings auch wieder nur eine 2/3 Mehrheit festlegen oder der totale Zusammenbruch). Korrupt war die Politik immer, am Anfang schön versteckt im kleineren Rahmen bis zur totalen Dreistigkeit in der Gegenwart.

*Dipl.-Ing. Walter Loidl, Wien*

*Liebe Leserbriefschreiber! Für Ihre Stellungnahme danken wir Ihnen herzlich. Gleichzeitig bitten wir Sie um Verständnis, wenn wir aufgrund einer Vielzahl von Zuschriften nicht alle Leserbriefe abdrucken oder nur Auszüge aus Ihrem Schreiben bringen können und fallweise Kürzungen vornehmen müssen. Wir stellen fest, dass die hier veröffentlichten Leserbriefe nicht in allen Punkten mit unserer Meinung übereinstimmen müssen.*

## *Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes...*

### **Demokratischer Widerstand vereitelt die Pläne der undemokratischen Machteliten in Rumänien**

Wir können Rumänien gratulieren. An seinem Beispiel wird ersichtlich, dass ge-einter, beharrlicher Widerstand der Bevölkerung gegen die Zumutungen von oben Erfolg haben kann. Das was sich in Rumänien abgespielt hat, war nichts weniger als der größte Angriff auf die Demokratie, der je in einem EU-Mitgliedsstaat stattgefunden hat, ausgeführt von jenen, die sich ständig auf „unsere Demokratie“ berufen.

Die erste Runde der Präsidentschaftswahl am 24. November hatte überraschend der EU- und NATO-kritische parteilose Präsidentschaftskandidat Calin Georgescu gewonnen. Diese Wahl wurde wegen angeblicher russischer Einflussnahme über den Filmchen-Kanal für Jugendliche TikTok kurz vor der Stichwahl aufgehoben. Gegen diese undemokratische Entscheidung gab es Massenproteste der rumänischen Bevölkerung. Da Georgescu in den Umfragen haushoch führte, hat man ihn sogar kurzfristig verhaftet, und die Wahlkommission verbot ihm seinen Wahlantritt. Einen Berufungsantrag Georgescus gegen diese Entscheidung wies das Verfassungsgericht zurück, was in Brüssel allgemeinen Beifall auslöste. Die Mehrheit des EU-Parlaments weigerte sich, diese skandalösen anti-demokratischen Vorgänge auf die Tagesordnung zu setzen. Für den deutschen Bundespräsidenten Steinmeier sind sie sogar ein Modell für Deutschland. Doch die Rumänen, die jahrzehntelang eine sozialistische Diktatur über sich ergehen lassen mussten, gingen weiterhin auf die Straße. Gegen Georgescu läuft inzwischen



Bildquelle: wikide.org

ein Strafverfahren wegen des Verdachts zur Anstiftung von Handlungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung. Es wird ihm also die Planung eines Staatsstrechs vorgeworfen. Letzten Endes läuft in Rumänien ein Kampf um die Westanbindung. Ein Präsident Georgescu wäre ein Hindernis gewesen, den NATO-Stützpunkt Rumänien als Aufmarschgebiet für den von der EU geplanten Krieg gegen Russland zu nutzen. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass mehrere Richter des Verfassungsgerichts Verbindungen zu mächtigen globalistischen Netzwerken haben, zur Open Society Foundation des Milliardärs George Soros, zu USAID und zu US-Präsident Joe Biden. Auch der ehem. US-Außenminister Blinken und rumänische Parteien (Liberales und Sozialdemokraten) sollen Druck auf das Verfassungsgericht und andere Behörden ausgeübt haben.

Nach dem Georgescu-Verbot unterstützten patriotische Kräfte George Simion, den Vorsitzenden der Partei „Allianz für die Union der Rumänen“ (AUR), die sich während der Covid-Pandemie von einer Randgruppe der Impfgegner zur führenden Oppositionskraft entwickelt hat. Simion führt jetzt die Meinungsumfragen an. Er reitet auf einer Welle der Wut, die die Absage Georgescus ausgelöst hat. Er hat

die Möglichkeit ins Spiel gebracht, diesen im Falle seiner Wahl zu seinem Premierminister zu machen. Der junge Globalisierungsgegner und Euroskeptiker Simion ist der Albtraum des rumänischen Establishments, denn sein Vorsprung im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im Mai dürfte die ganze Wählerarbeit gegen Georgescu zunichte gemacht haben.

In der ersten Runde der Wiederholungswahl am 4. Mai lag Simion mit fast 41 Prozent der Stimmen noch deutlicher vorne als Georgescu bei der ersten Wahl. Unmittelbar danach hat der EU-freundliche sozialdemokratische Ministerpräsident Rumäniens Marcel Ciolacu die Niederlegung seines Amtes mit der Stichwahl am 18. Mai in Aussicht gestellt, weil seiner Meinung nach „angesichts der Wahlergebnisse die derzeitige Koalition in ihrer jetzigen Form keine Legitimität mehr hat“. Er hat die Regierungsmitglieder seiner Partei gebeten, die Regierung ebenfalls zu verlassen. Ciolacu wurde durch eine Koalition Ministerpräsident, die alle EU-kritischen Kräfte von der Regierung fernhalten sollte.

*Quellen: de.wikipedia.org; medforth.org*

***Nach dem zweiten Wahlgang der geplanten rumänischen Präsidentschaftswahlen am 18. Mai dürfte somit dank des breiten und konsequenten Widerstands der rumänischen Bevölkerung das Land nicht nur einen neuen Präsidenten haben, es könnte auch eine neue Regierung bekommen – vorausgesetzt, den globalistischen Machteliten fällt kein neues Manöver ein.***

## Brexit-Partei Sieger bei Nachwahlen in Großbritannien

Die patriotische, EU-kritische Partei „Reform UK“ von Nigel Farage beginnt ihr Versprechen einzuhalten, mit dem aufgrund des extrem ungerechten Mehrheitswahlrechts etablierten Zweiparteiensystem in Großbritannien aufzuräumen.

Nachdem bereits die Unterhauswahl 2024 sehr erfolgreich für die ehemalige „Independence Party“ verlaufen ist, hat sie jetzt bei Nachwahlen im nordwestenglischen Wahlkreis Runcorn und Helsby knapp vor der regierenden Labour-Partei den Parlamentssitz erobern können. Sie habe „Geschichte geschrieben“ und ihr Sieg sei der Sieg „hart arbeitender Menschen,

die einfach Fairness wollen“, sagte Sarah Pochin, eine Überläuferin von den Konservativen, in ihrer Siegesrede.

„Genug ist genug. Genug Tory-Versagen, genug Labour-Lügen.“ Damit hat die Brexit-Partei nun fünf Parlamentssitze.

Auch in Greater Lincolnshire, wo mehr als eine Million Menschen leben, schnitt die „Reform“ sehr gut ab. Die ehemalige konservative Abgeordnete Andrea Jenkyns si-



Nigel Farage

Bild:standard.co.uk - screenshot

cherte ihr mit großem Vorsprung von 42 % gegen die Konservativen mit 26 % den Sieg bei der Bürgermeisterwahl. Mit ihr geht erstmals in Großbritannien ein solcher Posten weder an Labour noch an die Konservativen.

Auch an anderen Orten konnte die „Reform“ deutlich zulegen und knapp hinter Labour oder Tory sich behaupten.

In landesweiten Meinungsumfragen liegt Reform UK seit einigen Wochen konstant an erster Stelle mit durchschnittlich 26 Prozent, sie hat die Konservativen längst in der Anzahl von Mitgliedern überholt.

Quellen: taz.de; tkp.at

## VERANSTALTUNGEN & TERMINE

### FRIEDENSGESPRÄCHE

#### \* Runder Tisch – NFÖ-Wien jeden 3. Dienstag im Monat:

Beginn 18 Uhr

Gasthaus Zipfer-Eck,  
Kopfreitergasse 6, 1120 Wien

Nähere Informationen: Tel. 0676 406 5409

#### \* Runder Tisch – NFÖ-Vorarlberg

Samstag, 21. Juni 2025,

Beginn 17 Uhr

Familienzentrum „Treffpunkt a.d. Ach“,  
Höchsterstr. 30, Dornbirn

#### \* Runder Tisch – NFÖ-Burgenland

Montag, 30. Juni 2025, Beginn 16 Uhr

Gasthausbrauerei Haydnbräu,  
Pfarrgasse 22, Eisenstadt

#### \* Runder Tisch – NFÖ-Steiermark

Dienstag, 1. Juli 2025, Beginn 16 Uhr

Gasthaus Lend-Platzl, Panthersaal  
Lendplatz 11, Graz

#### \* Runder Tisch – NFÖ-Kärnten

Mittwoch, 2. Juli 2025, Beginn 16 Uhr

GH Krall, Raum Weinstube,  
Ehrentalerstr. 57, Klagenfurt

#### \* Runder Tisch – NFÖ-Tirol

Donnerstag, 3. Juli 2025, Beginn 16 Uhr

GH „Tiroler Weinstube“,  
Gumpfstraße 38, Innsbruck

Nähere Informationen: Tel: 0699 1162 8644

#### \* Runder Tisch – NFÖ-Niederösterreich

Mittwoch, 23. Juli 2024, Beginn 16 Uhr

Hotel Roter Hahn, Teufelhofstr. 26, St. Pölten

#### \* Runder Tisch – NFÖ-Oberösterreich

Donnerstag, 24. Juli 2025, Beginn 16 Uhr  
Kaffee Glockenspiel, Stüberl „Salon“,  
Hauptplatz 18, Linz

#### \* Runder Tisch – NFÖ-Salzburg

Freitag, 25. Juli 2025, Beginn 17 Uhr  
Haus „Wartenberg“, Riedenburgstraße 2  
(Beginn Bayernstr.) in Salzburg-Stadt

Nähere Informationen: Tel: 0699 1720 0336

\*\*\*

An allen „Runden Tischen“ im Juni und Juli ist ein Kurzvortrag von Daniel Jenny zum Thema „Wozu wurde die EG gegründet? Wo steht die EU heute?“ vorgesehen.

Dort, wo Telefonnummern für nähere Infos fehlen, gilt einheitlich: 0699 144 303 47.

\*\*\*

### STANDAKTIONEN

#### NFÖ - Burgenland

Montag, 30. Juni 2025, 10 - 14 Uhr;  
Hauptstraße 21, beim Florianibrunnen,  
Eisenstadt

#### NFÖ - Steiermark

Dienstag, 1. Juli 2025, 10 - 14 Uhr;  
Jakominiplatz im Rondeau  
(Verkehrinsel), Graz

#### NFÖ - Kärnten

Mittwoch, 2. Juli 2025, 10 - 14 Uhr;  
~~Alter Platz, Nähe Dreifaltigkeitssäule/  
Postsäule, Klagenfurt~~

Kramergasse  
Boutique Anteprema

#### NFÖ - Tirol

Donnerstag, 3. Juli 2025, 11 - 15 Uhr;  
~~Maria-Theresienstraße Nähe Annasäule,~~

Innsbruck  
Markplatz

#### NFÖ - Vorarlberg

Freitag, 4. Juli 2025, 10 - 14 Uhr;  
Am Marktplatz, Feldkirch

#### NFÖ - Niederösterreich

Mittwoch, 23. Juli 2025, 10 - 14 Uhr;  
Ecke Brunngasse / Kremser Gasse,  
St. Pölten

#### NFÖ - Oberösterreich

Donnerstag, 24. Juli 2025, 10 - 14 Uhr;  
Am Taubenmarkt beim Springbrunnen, Linz

#### NFÖ - Salzburg

Freitag, 25. Juli 2025, 11 - 15 Uhr;  
zwischen Alter Markt und Brodgasse 13,  
Salzburg-Stadt

Nähere Informationen: Tel: 0699 1720 0336

\*\*\*

### VORTRAG MIT DISKUSSION

#### „Zur Lage der Bauern in Österreich“

Referent: Ing. Paul PREE, Di. 3. Juni 2025,  
19 Uhr

„Volkshaus Dornach-Auhof“, 4040 LINZ,  
Niedermayrweg 7

Veranstalter: Initiative Heimat und Umwelt,  
Tel: 0664 489 37 97 oder 0664 425 19 35

#### „Österreichs Neutralität als Schutz gegen eine immer aggressivere und übergriffigere EU“

Referent: Dr. Thomas HENÖKL, Do. 5. Juni  
2025, 19 Uhr

Leupold's „Kupferdachl“, 1010 WIEN,  
Schottengasse 7

Veranstalter: Initiative Heimat und Umwelt,  
Tel: 0664 489 37 97 oder 0664 425 19 35

## Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenn gleich wir offen gestehen, dass freiwillige finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Porto-kosten eine große Hilfe wären. **Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.**

Redaktionsschluss: 17. Mai 2025

Blattlinie: Für Neutralität, Direkte Demokratie und Souveränität, unter Beachtung der Gesetze der Republik Österreich.

Impressum: Verantwortlich für Inhalt u. Gestaltung: Bündnis *Neutrales Freies Österreich* (NFÖ), 6010 Innsbruck, Postfach 110;

Telefon: 0699 144 303 47; E-Mail: [buendnis@nfoe.at](mailto:buendnis@nfoe.at); Bankverbindung: IBAN: AT53 4501 0001 0925 8996; Druck: Sterndruck, Fügen; DVR3000098